

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Bankkonto: Gebr. Krensholtz, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frangobrief monatlich 1,50 M. Durch den Postweg vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 7,10 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung. Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Nr. 54 | Dresden, Donnerstag den 6. März 1919. | 30. Jahrg.

Zusicherungen der Reichsregierung.

Eine Kommission der Berliner Mehrheitssozialisten ist nach Weimar gefahren, um mit der Regierung zu verhandeln. Die Regierung hat selbstverständlich die Gelegenheit gern ergriffen, um die Wünsche der Arbeiter zu hören. Eine demokratische Regierung kann es nicht so machen, wie es seinerzeit bei dem Streik im Winter 1918 die Regierung Hertling gemacht hat, die jede Verhandlung mit den Streikenden ablehnte. Es sind auch den Arbeitervertretern eine Reihe wichtiger Zusicherungen gegeben worden, aber es wäre falsch, wenn man sagen wollte, daß es sich hier etwa um Zugeständnisse handelt, zu denen die Regierung erst durch einen Streik gezwungen werden mußte. Größtenteils handelt es sich um Maßnahmen, die die Regierung auch ohne den Streik durchgeführt hätte. Die Regierung hat u. a. versprochen, daß die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessenvertretungen anerkannt und verankert werden sollen. Es ist kein Zweifel, daß wirtschaftliche Interessenvertretungen der Arbeiterschaft unter allen Umständen geschaffen werden müßten. Schon vor der Revolution stand es fest, daß Arbeiterkammern errichtet werden sollten. Ob diese Einrichtungen nun den Namen Arbeitskammern oder Arbeiterräte bekommen, ist nebensächlich. Auch, daß in den einzelnen Betrieben Arbeiter- und Angestelltenvertretungen geschaffen werden sollen, die einen maßgebenden Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse haben, war bereits zugesagt und ist auch für einen Staat mit einer demokratisch-sozialistischen Regierung selbstverständlich. Wenn die Arbeitervertretungen des ganzen Reichs zu einem Zentralarbeitsrat zusammengefaßt werden sollen, der auch befugt ist, wirtschaftliche Gesetze zu beantragen, ist auch vom Standpunkt der Demokratie nichts dagegen einzuwenden. Die Hauptsache ist, daß, soweit nicht Volksabstimmungen erfolgen, die letzte Entscheidung über die Gesetzgebung bei der gewählten Vertretung des gesamten Volkes ruht.

Es ist ferner von der Reichsregierung noch einmal feierlich erklärt worden, daß sie zu Sozialisierungsmaßnahmen bereit sei und daß sie es hier nicht bloß bei Verbesserungen bewenden lassen, sondern auch handeln will, das gegen die gesetzgeberischen Maßnahmen, die in den letzten Wochen angekündigt worden sind. Selbstverständlich kann die Regierung nicht versprechen, daß sie mit einem Schläge den Sozialismus einführen kann. Es ist ein törichter Wahn, wenn man etwa glauben sollte, durch ein paar Dekrete den Sozialismus einführen zu können. Der Sozialisierungswille, und wenn er noch so kräftig ist, kann erst praktisch wirksam werden, wenn an die Regelung der Verhältnisse in den einzelnen Wirtschaftszweigen herangegangen wird. Es gilt, genau die Verhältnisse in jedem einzelnen Zweig zu erforschen und auf Grund einer genauen Kenntnis der Dinge eine möglichst planmäßige Organisation zu schaffen. Das Wirtschaftsleben ist viel zu mannigfaltig, als daß die Sozialisierung etwa nach einem Schema durchgeführt werden könnte. Es gibt kein Universalrezept, das man nur zu befolgen brauchte, um allenfalls den Sozialismus im Handumdrehen herbeizuführen. Bei der Sozialisierung muß der Sach gelten, daß diese Wege nach Rom führen. Die Theorie ist mit Recht in der deutschen Sozialdemokratie sehr hoch geschätzt worden. Es ist ihre Aufgabe, uns die Mittel in die Hand zu geben, um die inneren Zusammenhänge des Wirtschaftslebens zu erkennen. Aber sie allein kann der Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit nicht Herr werden. Die Durchföhrung des Sozialismus ist eben eine Frage der Praxis. Es scheint uns, daß die Reichsregierung mit den jetzt von ihr geplanten Maßnahmen um den richtigen Wege ist. Sie will Arbeitsgemeinschaften zwischen Arbeitern und Unternehmern bilden, die bei der Kontrolle und Regelung der Industrie mitwirken sollen. Es geht daraus hervor, daß an eine allgemeine Ausschaltung des Unternehmertums nicht gedacht wird. Wir glauben auch nicht, daß das heute möglich wäre, ohne der Volkswirtschaft unendlich schwer zu schaden. Die Anknüpfung unserer Beziehungen zum Ausland wird kaum möglich sein, wenn wir nicht die langjährigen Erfahrungen und Verbindungen benutzen können, die sich unter Unternehmern erworben haben, und wir glauben nicht, daß man etwa allein mit Gewalt die bisherigen Leiter der Unternehmungen zwingen könnte, in dem Maße bei der Neuorganisation unseres Wirtschaftslebens mitzuwirken, wie das notwendig ist. Freilich, darüber müssen sich die Unternehmer klar sein, daß die Zeit ihrer Herrschaft vorbei ist. Sie dürfen sich nicht mehr wie bisher als die Herren unseres Wirtschaftslebens fühlen, sondern als die Diener unseres Volkswirtschaft. Von Zeit zu Zeit taucht die Behauptung auf, daß von den Unternehmern passive Resistenz geübt wird. Wie weit das zutrifft, können wir nicht wissen. Wenn es Unternehmern gäbe, die derartiges tun, so wäre das von ihnen sehr leicht. Solche Unternehmern wären ebenso Totengräber der deutschen Wirtschaft, wie die Arbeiter, die durch wirkliche politische unter Wirtschaftsleben erschüttern.

Wie gewollt die jetzigen Streikbewegungen sind, zeigen die Ereignisse der letzten Tage. Durch ganz Deutschland geht über das Streikfeuer und fladert bald hier, bald dort auf, aber es fehlt jede einheitliche Parole. Die Forderungen sind in den verschiedenen Städten verschieden. Hier wird der Rücktritt Ober-Scheidemann verlangt, anderwärts begnügt

man sich mit weniger weitgehenden Forderungen. Glücklicherweise hat in weiten Gebieten Deutschlands die Arbeiterschaft ihre Besonnenheit nicht verloren. Ebenso wie in Dresden herrscht auch in Hamburg, Königsberg, Breslau, Ober-Schlesien und in ganz Süddeutschland Ruhe. In Kiel, dem Ausgangspunkt der November-Revolution, haben sich die Vertrauensleute und Offiziere der größeren Betriebe einmütig gegen den Generallstreik erklärt. In Magdeburg und Hannover ist die spartakistische Aktion erfolglos geblieben und in Rheinland-Westfalen wird nur auf einzelnen Beichen gestreikt.

Auch in Berlin scheint die Arbeiterschaft nicht allgemein streikfertig zu sein, sondern sie ist hier zum großen Teil von den spartakistischen und unabhängigen Streikfreunden über-rumpelt worden. Es bleibt abzuwarten, wie sich Spartakisten und Unabhängige zu den neuesten Erklärungen der Regierung stellen werden. Daß die Spartakisten nicht zufriedenge- stellt werden können, ist selbstverständlich. Sie werden noch wie vor schreien: Die ganze Macht den A. und S. Räten! Diese Leute wollen nicht, daß wir wirtschaftlich in Ordnung kommen, damit der Bolschewismus nach russischem Muster bei uns einen guten Boden findet.

Auch darauf haben wir nicht allzuviel Hoffnung, daß die Unabhängigen eintreten, um den für das deutsche Volk so lebensgefährlichen Streikbewegungen ein Ende zu machen. Leider zeigt sich immer wieder, daß bei den unabhängigen Führern blinder Fanatismus und Demagogie eine verhängnisvolle Rolle spielen. Sie wollen einfach die Unzufriedenheit der Massen ausnützen. Sie wollen ihnen durch Schein- radikale Forderungen zeigen, daß sie allein die wahren und echten Vertreter der proletarischen Interessen sind. Und deswegen suchen sie ihren eigenen Radikalismus immer von neuem zu überbieten.

Die Arbeiter aber müssen sich darüber klar sein, daß ihnen damit nicht geholfen wird. Aus der gegenwärtigen Not können sie, solange die Sowjode anhält, auch die wunderbarsten und besten sozialistischen Reformen nicht erwarten. Es kommt jetzt vor allem darauf an, daß wir unser Wirtschaftsleben, so gut es irgend geht, in Gang bringen, daß wir so viele Mütter her- stellen, als das unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur irgend möglich ist, und deswegen ist es für die arbeitenden Massen des deutschen Volkes eine Lebensfrage, daß allen Streikbewegungen so schnell wie möglich ein Ende gemacht wird.

Das Regierungsprogramm.

Aus den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Berliner Arbeiterschaft und der Regierung ergeben sich für die nächste Zeit folgende gesetzgeberische Wünsche der Regierung:

1. Arbeiterräte.
a) Die Arbeiterräte werden als wirtschaftliche Interessenvertretung grundsätzlich anerkannt und in der Verfassung verankert. Ihre Abgrenzung, Wahl und Aufgabe werden durch ein Gesetz zu erläuterndes besonderes Gesetz geregelt.
b) Für die einzelnen Betriebe sind Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte zu wählen, die bei der Regelung der allgemeinen Arbeitsverhältnisse gleichberechtigt mitzuwirken haben.
c) Zur Kontrolle und Regelung der Produktion und Warenverteilung werden für alle Industrie- und Gewerbebetriebe Arbeitsgemeinschaften gebildet, bei denen die Unternehmer und Betriebsleiter, Arbeiter und Angestellten und die Arbeiter- und Betriebskammerorganisationen mitwirken.
d) Für bestimmte territoriale Bezirke werden Bezirksarbeitsräte (Arbeitskammern) und für das ganze Reich ein Zentralarbeitsrat gebildet. In den Bezirken und Zentralarbeitsräten sollen alle Beschäftigten bestehen, auch die Arbeiter, freien Berufs usw. vertreten sein. Diese Räte haben bei Sozialisierungsmaßnahmen mitzuwirken und sind zur Kontrolle sozialistischer Betriebe und Gewerbebetriebe heranzuziehen. Sie haben weiter alle wirtschaftliche und sozialpolitische Gesetze zu beantragen, und das Recht, selbst solche Gesetze zu beantragen. Die Reichsregierung wird den Zentralrat vor der Einbringung wirtschaftlicher und sozialer Gesetze hören.

2. Arbeitsrecht.
Ein Gesetz über ein einheitliches demokratisches Arbeitsrecht mit dem Ziele der Schaffung demokratischer konstitutioneller Verhältnisse in den Betrieben ist sofort der Nationalversammlung vorzulegen.

3. Sozialisierungsmaßnahmen.
a) Der Bericht über die Vorschläge der Sozialisierungs-Kommission wird sofort veröffentlicht.
b) Die Sozialisierungs-Gesetze und das Gesetz über die Sozialisierung der Landbewirtschaftung sind von der Reichsregierung und dem Staatsrat bereits angenommen und der Nationalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet worden. Weitere Sozialisierungsmaßnahmen werden unter Zuziehung von Sachverständigen und der Arbeiterräte sofort in Angriff genommen.

4. Militärisches.
Alle noch dem allgemeinen Strafgesetzbuch verfallenden Handlungen werden auch bei Militärpersonen den künftigen Verordnungen zugewiesen. Ein dementsprechender Gesetzesentwurf ist von der Reichsregierung bereits vor einer Woche in der Nationalversammlung angekündigt worden und wird mit Beschleunigung fertiggestellt werden.

5. Lebensmittelversorgung.
Die Regierung hat bereits angeordnet, daß die Lebensmittel unter Aufsichtung jedes unwichtigen Zwischenhandels durch Verstaatlichung der Gemeinden an die Verbraucher verteilt werden. An der Verbesserung der Lebensmittelversorgung wird dauernd gearbeitet.

Spandau besetzt.

Arbeiterkundgebungen gegen den Generallstreik.
Spandau, 5. März. In Spandau hat das Revolver-Regiment, von Döberitz aus kommend, Einzug gehalten. Alle öffentlichen Gebäude sind vom Regiments besetzt worden. Das Hauptquartier hat das Regiments im Rathaus aufgeschlagen. Die Kundgebungen der Spandauer Arbeiterschaft gegen den Generallstreik dauern fort. Es kam heute wieder zu heftigen Kundgebungen von Tausenden von Arbeitern. Hebrall wurde verlangt, daß in den nächsten Tagen geheim über den Streik abgeklärt werden solle. Als die Arbeiter in die Fabriken nicht eingelassen wurden, stürmten sie die Eingänge und verschafften sich gewaltsam Zutritt. In Spandau ist durch Unterbindung des elektrischen Stroms der Betrieb in den meisten Fabriken stillgelegt. Die spartakistischen Arbeiter des Kreisratstreffs terrorisieren durch ihre Maßnahmen ganz Spandau. Die Reichungen können nicht erfolgen. Sie geben zum Teil nur kleine Ausgaben heraus, die im Handbetrieb hergestellt werden. Somit ist alles ruhig.

Der Umfang der Streiks.

Berlin, 5. März. Die Nacht ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Nach den Abendblättern hat sich der Ausbruch heute nicht weiter ausgebreitet. Die meisten Klein- und Mittelbetriebe sind still stehen geblieben. Ganze Geschäftszweige sind zum Stillstand gekommen. In den großen Betrieben wird nur teilweise gestreikt. Bei zahlreichen Betriebsabstimmungen ergaben sich starke Meinungen gegen den Ausbruch. Daher treten die Spartakisten aus terroristischen Gründen für öffentliche Abstimmung ein. Bei der Volksversammlung der Angestellten der Post- und Untergrundbahnen wurde die Wiederaufnahme des Betriebs mit 1300 gegen 350 Stimmen beschlossen. Doch kam man nach Rücksprache mit der Generalstreikleitung dahin überein, die Rückkehr der nach Weimar abgeordneten Verhandlungen mit der Regierung entlassenen Kommission abzuwarten. Die Wiederaufnahme des Betriebs für Freitag ist wahrscheinlich. Auch bei den Straßenbahnangestellten macht sich eine starke Strömung für die Wiederaufnahme des Betriebs geltend. Der Eisenbahn- und Poststreik ist nach nicht geblieben. Doch gehen Teile der Eisenbahn auch da nicht außerhalb des Reichsbereichs. Eine Anzahl von Gewerben, wie das Buchbindergewerbe, schloß sich dem Ausbruch bisher nicht an.

Die der Vorwärts berichtet, wurde in einer Versammlung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Betriebs- und Arbeitervereine und Arbeiterräte bei der Erklärung über den Streik von den Referenten u. a. erklärt, man in einem Teile der Betriebe die Arbeit ruht, so ist in den meisten Teilen die Entscheidung über den Streik nicht durch geheime Abstimmung erfolgt. In anderen Betrieben hat die geheime Abstimmung ergeben, daß eine starke Mehrheit für gegen den Streik erklärte. Zum Beispiel wurden in etwa 80 Betrieben mit geheimer Abstimmung nur 7000 Stimmen für und 20 720 Stimmen gegen den Streik abgegeben. Die Reichsregierung hat die Arbeiterräte der S. P. D. kampflos abgelehnt, weil sie die Erfüllung der von ihnen aufgestellten Forderungen und nicht gegen die Regierung, die sie lediglich auf dem von ihnen für richtig gehaltenen Wege vorwärts bringen wollen.

Die Streikbewegung an der Ostfront.

Bremen, 5. März. Da bis heute mittag die Forderungen der Arbeiter auf Befriedigung der genannten Spartakisten nicht erfüllt wurden, sind die Arbeiter der Werft Werit, der Altes Werke, des Kanalarb. der Hoch-Brennerei Werke, der Norddeutschen Waggonfabrik und der Gasanstalt in den Streik getreten.

Hamburg, 5. März. Hier wird von den Spartakisten der Generalstreik vorbereitet. Die neugegründete Regierungstruppe und Stabtruppe hat den verstaatlichten Polizeigebäude über die Stadt verlagert, der darin besetzt, daß die Straßen stark bewacht werden vom Mannschaften in Stahlhelm und mit Handgranaten und daß an den Hauptverkehrsstraßen alle Passagiere auf Bussen untersucht werden. Auch die Straßenbahn und sonstigen Verkehrsmittel werden angehalten und die Passagiere nach Waffen durchsucht.

Kiel, 5. März. In Kiel, wo die Spartakisten sich eifrig bemühen, die Arbeiter zum Generallstreik aufzuwecken, haben sie einen völligen Misserfolg zu verzeichnen. Die Vertrauensleute der großen Betriebe haben sich einstimmig gegen den Generallstreik erklärt.

Die Berliner Mehrheitssozialisten für Abbruch des Streiks.

Berlin, 5. März. Die mehrheitssozialistischen Betriebsräte Groß-Berlins haben heute in einer Verammlung folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: Die am 5. März tagende Konferenz der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins stimmt von den bisherigen Maßregeln der sozialdemokratischen Vertreter im Arbeiterrat und in der Streikleitung Kenntnis und stellt fest, daß der Streik gegen den Willen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertreter im Groß-Berliner Arbeiterrat von einer durch Kommunisten und Unabhängige beherrschten Versammlung der